

Antrag

**der Abgeordneten Gerd Poppe, Amke Dietert-Scheuer, Dr. Angelika Köster-Loßack
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Lage der Albaner im Kosovo

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag ist besorgt über die anhaltenden Spannungen im Kosovo. Er verurteilt die Verletzung der Menschenrechte der Kosovo-Albaner durch die Regierungen der Bundesrepublik Jugoslawien und der Republik Serbien und bringt seinen Respekt gegenüber der friedfertigen Haltung der Kosovo-Albaner zum Ausdruck.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Unterzeichnung der Vereinbarung über das Bildungswesen im Kosovo. Die unter Vermittlung der Gemeinschaft San Egidio geführten Gespräche zwischen der Führung der Kosovo-Albaner und der serbischen Führung stellen einen wichtigen ersten Schritt zu einem zukünftigen Dialog über den Status des Kosovo dar. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß die Stabilität der gesamten Region von einer friedlichen Lösung des Kosovo-Problems abhängt. Fortschritte in dieser Frage sind unabdingbare Voraussetzung für eine vollständige Eingliederung der Bundesrepublik Jugoslawien in die Staatengemeinschaft.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die individuelle Rückführung abgelehnter Asylbewerber und die deutsche Unterstützung für eine Eingliederung der Bundesrepublik Jugoslawien in die Staatengemeinschaft einschließlich ihrer Annäherung an die Europäische Union von der Erfüllung folgender Forderungen abhängig zu machen:

- Respektierung der Menschenrechte in der Bundesrepublik Jugoslawien, speziell im Kosovo;
- Wiedermulassung der Langzeitmission der OSZE und Zustimmung zur Einrichtung einer EU-Vertretung im Kosovo;
- Programme zur wirtschaftlichen und sozialen Integration der aus dem Kosovo stammenden und aus Deutschland zurückkehrenden Flüchtlinge sowie deren Umsetzung in die Praxis;
- Garantie der Umsetzung des Amnestiegesetzes für Wehrdienstverweigerer und Deserteure vom 18. Juni 1996;

- Weiterführung der Verhandlungen zwischen Vertretern der Bundesrepublik Jugoslawien, der Republik Serbien und selbstgewählten Vertretern der Kosovo-Albaner unter Vermittlung einer dritten Seite mit dem Ziel der Wahrung der politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte der albanischen Bevölkerung.

Bonn, den 9. Oktober 1996

Gerd Poppe

Amke Dietert-Scheuer

Dr. Angelika Köster-Loßack

(Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion